

Basta!

Nr. 5 / November 1997

Basels starke Alternative

Wo steht ihr?

Mit einem offenen Brief an die SP-RegierungsrätInnen Barbara Schneider, Veronica Schaller und Ralph Lewin hat Basta! auf den anhaltenden Abbaudruck insbesondere im Schulbereich reagiert.

Liebe Barbara, liebe Veronica,
lieber Ralph,

Die Schulreform steht in einer heiklen Anfangsphase. In der WBS fehlt es an Räumen und Schulmaterial. Die Kindergärten im Bläsiquartier sind überfüllt. Immer noch fehlt ein Konzept für die Schulung von freidsprachigen Kindern und jetzt sollen allein im Schulbereich bis zu 30 Millionen Franken jährlich abgebaut werden.

Wir haben letztes Jahr aktiv mitgeholfen, damit Ihr als sozialdemokratische RegierungsrätInnen gewählt werdet. Wir haben Euch unterstützt in der Hoffnung, dass sich in Basel endlich etwas bewegt und das soziale Basel nicht unter die Räder kommt. Nun müssen wir feststellen, die bürgerliche Abbaupolitik geht ungebremsst weiter - mit Eurer Unterstützung. Im Wahlkampf seid Ihr mit dem Versprechen einer "sozialverträglichen" Sparpolitik angetreten. Nun hat der Gesamtregierungsrat auch mit Eurer Unterschrift ein Abbaupaket vorgelegt, das zum Beispiel die Kosten des Sozialwesens jährlich um 30 Millionen Franken reduzieren oder 10% der Kosten des Schulwesens abbauen will.

Dieser Abbau der öffentlichen Leistungen bedeutet konkret:

- Die Qualität der Bildung wird leiden. Bildung kostet Geld. Diese Kosten können nicht beliebig gedrückt werden. Es wird gerne vergessen, dass Bildung der beste Garant für eine innovative Zukunft ist. Es kommt letztlich billiger in Menschen

Wir wünschen uns von Euch in Zukunft eine Politik, die sowohl "sozial" wie auch "demokratisch" ist.

langfristig zu investieren, als dann die Folgekosten tragen zu müssen, wenn Menschen durch das soziale Netz fallen.

- Die kurzfristigen Einsparungen des Kantons im Gesundheitswesen müssen die Versicherten über die ständig steigenden, unsozialen Kopfprämien der Krankenkassen bezahlen.

- Die Privatisierung der Zentralwäscherei hat zu massiven Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitssituation der Beschäftigten geführt - notabene unter dem Präsidium von Veronica Schaller.

- Durch die Auslagerung - beispielsweise der Uni-

versität - können auf undemokratische Weise Entscheide gefällt werden. So ist das Vorgehen bei der Schliessung des Zentrums für Zahnmedizin absolut unakzeptabel. Öffentliche Aufgaben können nicht einfach mit einem modernen Hauruck-Management wahrgenommen werden. Kostenpunkte sind nicht die einzigen Kriterien!

Und in diesem Stil geht es gleich weiter: Der Grosse Rat soll in diesen Tagen unter dem Titel "PuMa" Globalbudgets für sieben Verwaltungsabteilungen beschliessen. Die Verwaltung muss reformiert und dynamisiert werden. Doch dies darf nicht unter einem Spardruck und rein administrativen und wirtschaftlichen Kriterien geschehen. Das Fachwissen der Betroffenen muss einbezogen werden und es dürfen keine "kleinen Königreiche" ohne demokratische Kontrolle geschaffen werden.

Gleichzeitig schlägt Ihr keine namhaften neuen Einnahmen vor. Obwohl die Vermögen und die grossen Einkommen stetig wachsen, bezahlen die Besserverdienenden immer weniger Steuern. Die aktuelle Basler Politik unterstützt den Trend: Die Reichen werden immer reicher - für alle anderen werden die öffentlichen Leistungen gekürzt.

Wir sind enttäuscht, dass Ihr die Abbaupläne mitträgt und niemand von Euch aus dem Kollegialitätsprinzip ausschert und deutlich sagt, so nicht. Wir wünschen uns von Euch in Zukunft eine Politik, die sowohl "sozial" wie auch "demokratisch" ist.

Mit freundlichen Grüssen

Martin Engel, Geschäftsleiter Basta!

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel



Die Reformen wegsparen?

Schulen

«Die Zukunft unserer Kinder ist gefährdet!»

«Als ich als Kandidatin der Fraktion BastA! und Grüne in den Erziehungsrat gewählt wurde, bin ich davon ausgegangen, dass dieses Gremium eine klare Aufgabe hat. Diese Aufgabe ist die Aufrechterhaltung und Verbesserung des Bildungsangebotes für alle. Und eigentlich gehe ich immer noch davon aus, dass dies die grundlegende Aufgabe des Erziehungsrates ist. Aber die Erhaltung und Verbesserung des Bildungsangebotes in Basel-Stadt kostet Geld. Wenn der Hahn nun einfach zuge dreht wird, verschlechtern sich die Chancen unserer Kinder. Dies kann und will ich nicht verantworten und ich glaube auch, dass die übrigen Erziehungsrätinnen und Erziehungsräte dies nicht verantworten wollen. Es muss zuerst genau abgeklärt werden, was für Folgen diese Reduktion der erteilten Stunden um 5% haben wird. Die Mehrheit des Erziehungsrates hat geglaubt, dass dieser Vorschlag Einsparungen bringen wird, ohne Qualitätseinbusse. Ich bin dagegen überzeugt, dass ein solcher Abbau nicht ohne gravierenden Qualitätsverlust möglich ist.»

*Ausschnitt aus der Rede von
Regula Enggist an der
Kundgebung gegen den
Schulabbau vom 11.11.97*

Den Basler Schulen geht es an den Kragen. Allein in der Mittel- und Oberstufe sollen 13 Millionen Franken eingespart werden. Erziehungsrätin Regula Enggist erläutert die Auswirkungen dieser Abbaupläne.



Die Ereignisse im Bildungsbereich überstürzen sich. Kaum hat die Orientierungsschule den ersten Zug gemeistert, die Weiterbildungsschule und die Gymnasien ihren Anfang genommen, schon wird auf dem Erziehungsdepartement (ED) von neuen Reformideen gesprochen. Reformen, die die neuen Schulen in ihrer Entwicklung stark behindern oder sogar verunmöglichen.

Es geht bei den neuen Massnahmen des ED nicht mehr nur ums Sparen, sondern um einen Abbau im Bildungsbereich. Einsparungen von 13 Mio. Franken jährlich für die Mittel- und Oberstufe sollen erfolgen. Der Erziehungsrat ist an seiner Sitzung vom 27.10.97 dem Antrag des ED zur Einführung der 5Tage Woche

Sparen ist das eine Thema, die Verwaltungsreorganisation das andere.

senken. Der Schwarze Peter wird also nach unten an die Rektorate weitergeben. Die Konsequenzen werden sein, dass die Klassengrössen angehoben, Wahlfächer zum Teil nicht mehr angeboten und VikarInnen entlassen werden müssen.

Sparen ist das eine Thema, die Verwaltungsreorganisation das andere. Schulentwicklung ist unabdingbar. Sofortige Einsparungen aber an solche Reformbestrebungen zu koppeln ist eine Illusion und kann nur durch einen Abbau von Qualität im Bildungswesen geschehen!

Am Kick Off Meeting des ED Ende August, an dem alle Schulleitungen teilgenommen haben, wurde sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Sparmassnahmen nicht mit der teilautonomen Schule verquickt werden dürfen. Es ist erschreckend, mit welcher Ignoranz die bür-



mit gleichzeitigem Stundenabbau von 2 Lektionen nicht gefolgt. Auf Antrag eines Mitgliedes beschloss der Erziehungsrat aber, dass eine Einführung der 5Tage Woche in die Kompetenz der Schulleitungen fallen soll. Gleichzeitig sei das Gesamtlektionendach der SchülerInnen um 5% zu

gerliche Mehrheit im Erziehungsrat ihren Entscheid getroffen hat. Ein gemeinsames Auftreten aller Betroffenen (Inspektionen, Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern) könnte bewirken, dass dieser Entscheid rückgängig gemacht wird!

Regula Enggist

Abbau besteuern!

Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit stagniert, die Gewinne explodieren. Wie soll die öffentliche Hand ihre Aufgaben weiter finanzieren?

Sparen an den Schulen, z.Bsp...

...die Kindergärten im Bläsiquartier



Schon seit mindestens zehn Jahren ist die zum Teil prekäre Situation in den Kindergärten im Kleinbasel bekannt. Die damalige POB-Grossrätin Käthi Ensner-Witschi reichte 1987 eine Interpellation zu diesem Thema ein. In der Antwort auf diese Interpellation hiess es, die Regierung bemühe sich, jede Möglichkeit zur Verbesserung der Verhältnisse zu nutzen.

Geschehen ist seither wenig, denn Kindergartenräume kosten Geld. Es musste zu einem Notruf der Kindergärtnerinnen aus dem Bläsiquartier kommen, damit dieses Thema wieder auf den Tisch kam. Die Bläsi-Kinder-



Die Konjunkturforscher sprechen für nächstes Jahr von einer leichten Erholung der Wirtschaft, gleichzeitig warnen sie aber vor Illusionen bezüglich der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit wird nicht abnehmen. Im Gegenteil: für 1999 rechnet die Konjunkturforschungsstelle der ETH-Zürich wieder mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Dies ist die eine Seite der Medaille.

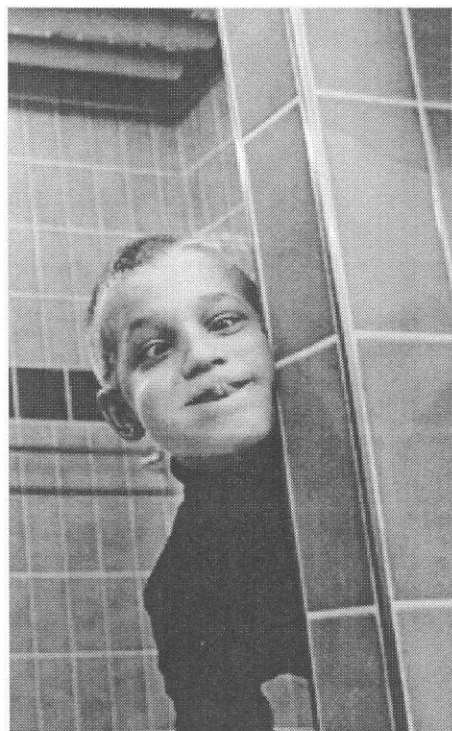
Auf der anderen Seite geht es den grossen, exportorientierten Firmen sehr gut. Je mehr Arbeitsplätze sie abbauen, desto höher fliegen ihre Aktienkurse! Mit der Privatisierung der PTT-Telecom macht jetzt auch die öffentliche Hand mit bei dieser Entwicklung: 1'100 Stellen sollen nächstes Jahr abgebaut werden.

Als vor ein paar Jahren die Chemie zum ersten Mal den Abbau von Arbeitsplätzen ankündigte, ging noch ein Schrei der Empörung und Beunruhigung durch die Öffentlichkeit. Mittlerweile werden Leute entlassen, - erst letzte Woche wieder bei Hoffmann-La Roche - ohne dass wir davon erfahren.

"Firmen, denen es finanziell gut geht, müssen mehr Verantwortung übernehmen."

In Basel-Stadt haben 1996 die Steuereinnahmen der natürlichen Personen noch leicht zugenommen, die Firmen aber haben 1996 rund 6% weniger Steuern bezahlt als ein Jahr zuvor. Und dies, obwohl Chemie, Banken und Versicherungen Jahr für Jahr zweistellige Gewinnsteigerungen melden! Derweil erhöhen sich die Ausgaben für den Staat, weil die Arbeitslosigkeit hohe soziale Kosten verursacht. Wir von BastA! sind der Meinung, dass Firmen, denen es finanziell gut geht, mehr finanzielle Verantwortung übernehmen müssen. Wir haben im Sommer 96 die Lancierung einer kantonalen Initiative beschlossen (der Text liegt nun vor, und wir werden Ende November darüber befinden) die von Firmen, welche Arbeitsplätze abbauen, eine Abgabe fordert. Ausserdem unterstützen wir auch die Bemühungen, auf eidgenössischer Ebene die Kapitalgewinnsteuer wieder einzuführen. Aktionäre, die zu den grossen Gewinnern der letzten Jahre zählen, sollen zu mehr Solidarität verpflichtet werden und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beitragen.

Rita Schiavi



gärten sind nun wirklich bis an die Schmerzgrenze überfüllt, und immer noch kommen keine Lösungen aus dem Erziehungsdepartement, sondern lediglich Ausflüchte und wage Beteuerungen, dass die Situation sich im Schuljahr 98/99 bessern sollte. Für die drin-

gend notwendige Raumbeschaffung für die Kindergärten ist offenbar jeder Franken, der ausgegeben wird, zu viel. Sind die Jüngsten auch am wenigsten Wert?

...die Fachstelle für interkulturelle Pädagogik

In den 80er Jahren setzten sich engagierte Lehrkräfte mit der Problematik der Fremdsprachigenpädagogik im Kanton Basel-Stadt auseinander. Besonders bemängelt wurde, dass für die Schulung von fremdsprachigen Kindern jegliches Konzept fehlt. Eine Petition der Gewerkschaft Erziehung, die 1991 eingereicht wurde, forderte die Einrichtung einer Stelle für Fremdsprachigen-Pädagogik als selbständige Abteilung des Erziehungsdepartementes. Aufgaben dieser Stelle wären z. Bsp. Erarbeitung von Projektgrundlagen zuhanden der kantonalen Behörden, Beratung der einheimischen und ausländischen Lehrkräfte in allen

Fragen der Schulung fremdsprachiger Kinder, Sichtung von geeignetem Schulmaterial und Funktion als Einweisungsinstanz bei Einschulung, Abklärung, Begleitung von fremdsprachigen SchülerInnen. Ein Anzug von Käthi Ensner-Witschi mit derselben Forderung wurde im Herbst 1991 mit der Begründung, dass im Rahmen der Reorganisation des ED eine solche Stelle geschaffen würde, abgeschrieben. Im neuen Organigramm des "Ressort Schulen" findet sich nun aber kein Hinweis auf die Fachstelle für interkulturelle Pädagogik. Laut Auskunft des ED soll diese Stelle zum Aufgabenbereich der neugewählten Leiterin der Stabsstelle Pädagogik gehören. Eine Aufgabe, die aufgrund ihrer Komplexität und Wichtigkeit mindestens eine eigene Stelle erfordern würde, wird aus Kostengründen einfach in eine schon reichdotierte Stabsstelle "integriert". Eine höchst unbefriedigende Lösung, oder besser gesagt: gar keine Lösung wird hier geboten. Es stellt sich die Frage, was die Schulung und Förderung der fremdsprachigen Kinder wert ist...

Heidi Mück

Multi-Kulturstadt 2001

Kultur

Weder Tradition noch europäische Moderne: Die Kultur der Migration hat in Basel noch keinen Platz gefunden. Gibt es dafür im Projekt "Kulturstadt 2001" eine Chance?



Der Widerspruch zwischen der dominierenden Budgetknappheit und dem Wunsch Basels, "Kulturstadt 2001" zu werden, bewegt mich einige Gedanken zu formulieren. Ich

würde es sehr begrüßen, wenn Basel die Ehre bekäme, im Jahr 2001 Europas Kulturstadt zu werden. Gleichzeitig sagt mir meine innere Stimme, dass auch diesmal DIE Kultur zum Zuge kommt und ein wesentlicher Teil unserer Stadtkultur nicht vertreten sein wird. Ich befürchte, dass dieser Anlass zuwenig ihren Wert als Multikultur bekommen wird.

Obwohl Basel eine multikulturelle Stadt ist, ist sie bis jetzt nicht willig, diese Tatsache auch im Kulturleben zu berücksichtigen. Zur Zeit leben ca. 52'000 ausländische Menschen im Kanton. Ich würde es begrüßen, wenn zum Beispiel in den Museen Projekte realisiert würden, die einen direkten Bezug zu den Herkunftsländern dieses Viertels der Basler Bevölkerung hätten. Ich würde mich sehr freuen, wenn

KünstlerInnen anderer Herkunft, die in der Region Basel leben, die Möglichkeit bekämen, in öffentlichen Räumen auszustellen. Meines Wissens gibt es in Basel eine namhafte Zahl von KünstlerInnen, die in den Bereichen von Malerei, Film bis Dichtung engagiert sind. Sie sollten die Möglichkeit bekommen, den ihnen zustehenden Platz in Basel einnehmen zu können.

Die KünstlerInnen der Migration sind in Europa geboren, aufgewachsen oder leben seit Jahren hier. Sie erzählen eine "andere Geschichte". Sie unterscheiden sich von der europäischen Moderne, setzen sich aber mit ihr auseinander und lassen dabei viel "Neues" entstehen. Bei vielen existiert eine innere Verweigerung sich der europäischen "ART" anzupassen. Gleichzeitig wollen sie aber nicht auf die Tradition ihrer Ursprungsländer festgelegt werden. Es besteht die Gefahr, dass sie in der Massenkultur verloren gehen und ihre Arbeiten unterbe-

wertet bleiben.

Die ethnischen Minderheiten versuchen, in möglichst "verspielten" Zusammensetzungen von Identitäten zu einem Selbstausdruck zu kommen. In allen Bereichen der Alltagskultur soll es möglich sein, dass die Menschen ihr Leben auch anders führen können.

Ich hoffe, dass die Kulturbeauftragten unserer Stadt die multikulturelle Realität in der Planung der "Kulturstadt 2001" mitberücksichtigen. Es ist zu wünschen, dass der anders sprechende Viertel der Basler Be-

völkerung, ihre eigene Kultur auch einmal hier bei sich geniessen können. Für mich bedeutet Multikultur, dass nicht jede Kultur für sich bleibt, sondern eine Öffnung und Annäherung der Kulturen. Die angemessene Vertretung aller Bevölkerungsteile - auch im Kunst- und Kulturleben - darf dem Spardruck nicht geopfert werden.

Zeynep Yerdelen

"Die ethnischen Minderheiten versuchen, in möglichst verspielten Zusammensetzungen von Identitäten zu einem Selbstausdruck zu kommen."

Quartierplatz statt Kreuzung!

Verkehr

Die BastA!-Arbeitsgruppe "Stadtplanung und Quartier" und das Komitee "Wohnliches St. Johann" stellen ihre Vorschläge zur Verkehrsberuhigung im St. Johann zur Diskussion.

Das Davidseck war zum Bersten voll, als BastA!-Mitglied Christoph Marbach die Veranstaltung zum Thema "Quartierplätze statt Kreuzungen" eröffnete. Dieser grosse Andrang spiegelt die äusserst unbefriedigende Verkehrssituation im St. Johann-quartier. Denn trotz Einführung von Tempo 30 rollt der motorisierte Verkehr munter weiter durchs Quartier, auf Schleich- und anderen Wegen. Und genau da hakt die BastA!-Arbeitsgruppe mit ihren Vorschlägen ein. Die Strassenkreuzungen Mittlere Strasse / St. Johannis-Ring und Mühlhauserstrasse / Vogesenstrasse sollen geschlossen und umgestaltet werden. Mit diesen relativ einfach zu realisierenden Massnahmen würde das Quartier gleich zweifach an Attraktivität gewinnen: Einerseits würden die hauptsächlich benutzten Schleichwege für den Durchgangsverkehr verriegelt, andererseits könnten die so ge-

wonnen Strassenflächen neuen Nutzungen zugeführt werden (Spiel- und Grünflächen, Strassencafés etc.).

Weniger konkret, aber nichtsdestotrotz bedenkenswert war der Vorschlag, den das Komitee "Wohnliches St. Johann" zu unterbreiten hatte: Jeder und

jede soll selber über "Kreuzung" nachdenken, "seine" resp. "ihre" Kreuzung beobachten, diese Beobachtungen auf Videofilm festhalten

und schliesslich die Kreuzung umbauen, zuerst im Modell, und - wer weiss? - vielleicht sogar irgendwann einmal in Realität.

"Wir machen den Riegel zu, und dann ist Ruh!"



Wie machen wir unser Quartier lebenswerter?

Auch wenn dieser Vorschlag etwas arg unverbindlich und individualistisch daherkommt, darf man auf das Echo (z.B. in Form von Videoproduktionen) gespannt sein.

In der äusserst angeregten Diskussion wurde heftige Kritik an der chaotischen und konzeptlosen Einführung von Tempo 30 im Quartier laut. Grundsätzlich wurde die Massnahme zwar begrüsst, doch sei die Quartiersbevölkerung weder informiert noch sonstwie einbezogen worden. Ausserdem habe die Aufhebung von Fussgängerstreifen und klaren Vortrittsregelungen zu einer breiten Verunsicherung und mehr Verkehrsunfällen geführt.

Auch die oben skizzierten Vorschläge zu einer radikalen Verkehrsberuhigung stiessen bei den VeranstaltungsbesucherInnen auf reges Interesse. Zum BastA!-Vorstoss meinte ein Anwesender: "Die Idee ist überzeugend: Wir machen den Riegel zu, und dann ist Ruh!"

Martin Flückiger

Die Betriebswirtschaft regiert

Jugend

Eine Studie über die öffentliche Jugendarbeit dokumentiert den Zeitgeist: Sparen um jeden Preis
- ohne Einbezug der Betroffenen.



Nach neun Monaten Verzögerung wurde der Schlussbericht einer betriebswirtschaftlichen Analyse der staatlichen und staatlich subventionierten Jugendarbeit vorgestellt. Gemäss der Studie könnten in diesem Bereich jährlich 10 Millionen Franken „gespart“, das heisst gestrichen werden. Auf wessen Kosten?

Wie schon bei vorangegangenen Spar- und Reorganisationsmassnahmen verpassten es Regierung und Studienleitung, das Wissen und die Erfahrung der im Arbeitsfeld tätigen Fachleute zu nutzen. So gingen einerseits wichtige praxisbezogene Inputs verloren, andererseits wurde die Chance verpasst, mit den „Leistungserbringern“ - und nicht neben ihnen oder gar gegen sie - zu arbeiten.

Wie sollen 10 Millionen eingespart werden? Die Studie enthält 60 Spar- und Reformvorschläge. Einen Schwerpunkt bildet der Bereich der Tagesbetreuung von Kindern. Die Studie fordert, dass diverse Tagesheime geschlossen beziehungsweise zusammengelegt werden. Ob im Quartier ein entsprechendes Ersatzangebot besteht, wird nicht berücksichtigt. Weiter sollen die Elternbeiträge erhöht werden. Dass zahlungskräftige Familien mit mittleren Einkommen heute kaum mehr Kinder ins Tagesheim bringen, wurde offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Als Ersatz für die gestrichenen Tagesheimplätze schlägt die Studie die Förderung der Kinderbetreuung in Tagesfamilien vor. Dieser Vorschlag gründet auf der falschen Behauptung, die Kosten der Tagesheimbetreuung seien um ein Vielfaches höher als diejenigen bei Tageseltern. Zuzustimmen ist allerdings der längst fälligen Erhöhung der Tageselternansätze. Hätten die Verfasser der Studie

zum Lohn einer Tagesmutter gearbeitet, hätte ihre Arbeit wohl kaum eine knappe halbe Million Franken gekostet. Im Bereich Tagesbetreuung tendiert die Studie eindeutig zur Entprofessionalisierung der sozialpädagogischen Arbeit, zu Lohndumping und zum Ausschluss der Frauen aus dem Erwerbsleben.

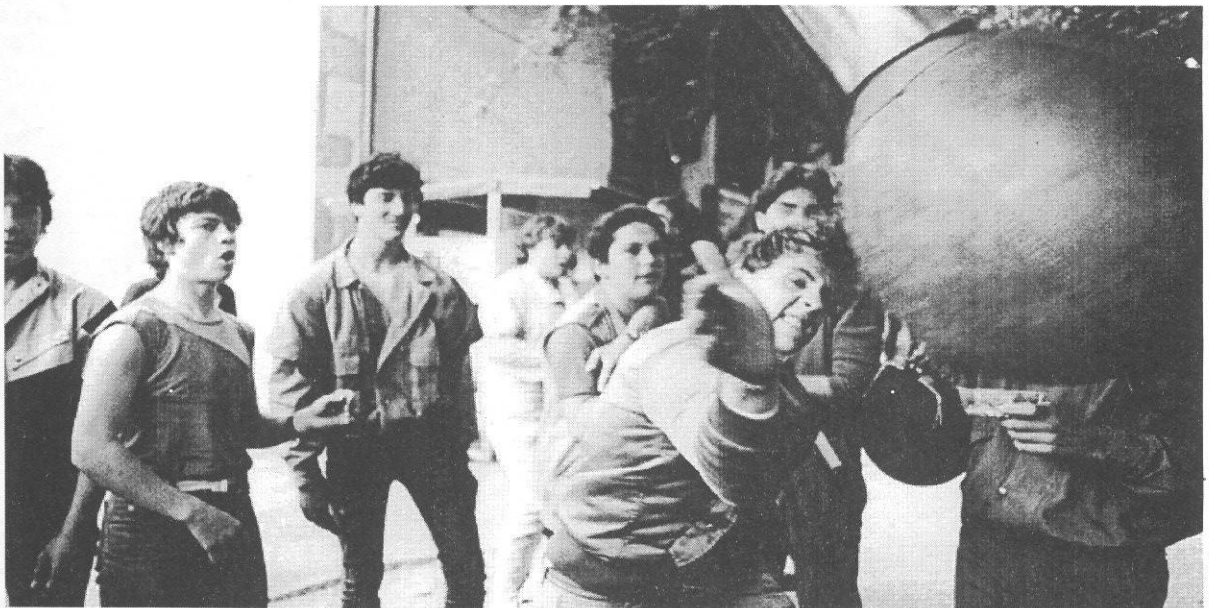
„Hätten die Verfasser der Studie zum Lohn einer Tagesmutter gearbeitet...“

Weitere Einsparungen sollen durch höhere (Eltern-)Beiträge an bisher preisreduzierte oder kostenlose Angebote erreicht werden. Dazu gehören insbesondere die Musikschule, Ferienlager, Angebote des Sportamtes und Kursangebote der offenen Jugendarbeit. Das Sommercasino soll als „Profit-Center“ betrieben werden. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, dass es sich über weite Strecken

wird, stecken wir diesbezüglich noch in den Kinderschuhen.

Leider geht aber die Studie mit schlechtem Beispiel voran. Einer von verschiedenen gravierenden Mängeln ist, dass z.B. lediglich aufgrund der Befragung von ehemaligen „Heimzöglingen“ ein verheerendes Pauschalurteil über die stationäre Erziehung abgegeben wird. Um dem im Bericht berechtigterweise postulierten umfassenden Qualitätsstandard selbst gerecht zu werden, hätte zumindest nebst den Erfahrungen der Jugendlichen (nicht anstelle!) auch jene von Eltern und Betreuungspersonen berücksichtigt und die jetzige Lebenssituation der Jugendlichen sowie reale Alternativen eines Heimaufenthalts evaluiert werden müssen.

Wie weiter? Ich meine, der Slogan „Umbau statt Abbau“ hat auch in der Jugendar-



Der Bedarf an qualifizierter Jugendarbeit wird in Zukunft bestimmt nicht kleiner.

um eine „Sparanalyse“ handelt: Die Subventionen sollen durch Mehreinnahmen aus höheren Elternbeiträgen gesenkt werden.

Zurecht stellt die Studie einen grossen Entwicklungsbedarf in den Bereichen Zielsetzung, Qualitätsmessung und Wirkungskontrolle der Jugendarbeit fest. Da sich das Innenleben des Menschen und seine sozialen Beziehungen weit komplexer gestalten als etwa die Berechnung staatlicher Finanzierungsströme und weil die Diskussion über Qualitätsmessung etc. in der sozialen Arbeit erst seit einigen Jahren intensiv geführt

beit seine Berechtigung. Bemühungen zur Effizienz- bzw. Qualitätssteigerung müssen unterstützt werden. Um jedoch zu verhindern, dass unter dem Deckmantel der Qualitätssteigerung lediglich ein Sozialabbau stattfindet, sollten allfällig frei werdende Gelder weitgehend an die Jugendarbeit gebunden bleiben. Denn auch wenn in der Studie z.B. nichts über Jugendarbeitslosigkeit oder die Integration von ausländischen Jugendlichen geschrieben wird: Der Bedarf an qualifizierter Jugendarbeit wird im Laufe der nächsten Jahre bestimmt nicht kleiner.

„Allfällig frei werdende Gelder sollten weitgehend an die Jugendarbeit gebunden bleiben.“

Marcel Heizmann

Abbau besteuern!

Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit stagniert, die Gewinne explodieren. Wie soll die öffentliche Hand ihre Aufgaben weiter finanzieren?

Sparen an den Schulen, z.Bsp...

...die Kindergärten im Bläsiquartier



Schon seit mindestens zehn Jahren ist die zum Teil prekäre Situation in den Kindergärten im Kleinbasel bekannt. Die damalige POB-Grossrätin Käthi Ensner-Witschi reichte 1987 eine Interpellation zu diesem Thema ein. In der Antwort auf diese Interpellation hiess es, die Regierung bemühe sich, jede Möglichkeit zur Verbesserung der Verhältnisse zu nutzen.

Geschehen ist seither wenig, denn Kindergartenräume kosten Geld. Es musste zu einem Notruf der Kindergärtnerinnen aus dem Bläsiquartier kommen, damit dieses Thema wieder auf den Tisch kam. Die Bläsi-Kinder-



Die Konjunkturforscher sprechen für nächstes Jahr von einer leichten Erholung der Wirtschaft, gleichzeitig warnen sie aber vor Illusionen bezüglich der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit wird nicht abnehmen. Im Gegenteil: für 1999 rechnet die Konjunkturforschungsstelle der ETH-Zürich wieder mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Dies ist die eine Seite der Medaille.

Auf der anderen Seite geht es den grossen, exportorientierten Firmen sehr gut. Je mehr Arbeitsplätze sie abbauen, desto höher fliegen ihre Aktienkurse! Mit der Privatisierung der PTT-Telecom macht jetzt auch die öffentliche Hand mit bei dieser Entwicklung: 1'100 Stellen sollen nächstes Jahr abgebaut werden.

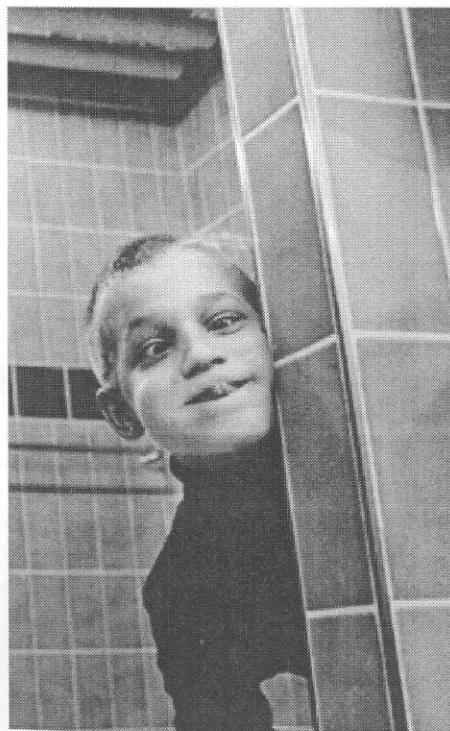
Als vor ein paar Jahren die Chemie zum ersten Mal den Abbau von Arbeitsplätzen ankündigte, ging noch ein Schrei der Empörung und Beunruhigung durch die Öffentlichkeit. Mittlerweile werden Leute entlassen, - erst letzte Woche wieder bei Hoffmann-La Roche - ohne dass wir davon erfahren.

"Firmen, denen es finanziell gut geht, müssen mehr Verantwortung übernehmen."

In Basel-Stadt haben 1996 die Steuereinnahmen der natürlichen Personen noch leicht zugenommen, die Firmen aber haben 1996 rund 6% weniger Steuern bezahlt als ein Jahr zuvor. Und dies, obwohl Chemie, Banken und Versicherungen Jahr für Jahr zweistellige Gewinnsteigerungen melden! Derweil erhöhen sich die Ausgaben für den Staat, weil die Arbeitslosigkeit hohe soziale Kosten verursacht. Wir von BastA! sind der Meinung, dass Firmen, denen es finanziell gut geht, mehr finanzielle Verantwortung übernehmen müssen. Wir haben im Sommer 96 die Lancierung einer kantonalen Initiative beschlossen (der Text liegt nun vor, und wir werden Ende November darüber befinden) die von Firmen, welche Arbeitsplätze abbauen, eine Abgabe fordert. Ausserdem unterstützen wir auch die Bemühungen, auf eidgenössischer Ebene die Kapitalgewinnsteuer wieder einzuführen. Aktionäre, die zu den grossen Gewinnern der letzten Jahre zählen, sollen zu mehr Solidarität verpflichtet werden und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beitragen.

mer 96 die Lancierung einer kantonalen Initiative beschlossen (der Text liegt nun vor, und wir werden Ende November darüber befinden) die von Firmen, welche Arbeitsplätze abbauen, eine Abgabe fordert. Ausserdem unterstützen wir auch die Bemühungen, auf eidgenössischer Ebene die Kapitalgewinnsteuer wieder einzuführen. Aktionäre, die zu den grossen Gewinnern der letzten Jahre zählen, sollen zu mehr Solidarität verpflichtet werden und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beitragen.

Rita Schiavi



gend notwendige Raumbeschaffung für die Kindergärten ist offenbar jeder Franken, der ausgegeben wird, zu viel. Sind die Jüngsten auch am wenigsten Wert?

...die Fachstelle für interkulturelle Pädagogik

In den 80er Jahren setzten sich engagierte Lehrkräfte mit der Problematik der Fremdsprachigenpädagogik im Kanton Basel-Stadt auseinander. Besonders bemängelt wurde, dass für die Schulung von fremdsprachigen Kindern jegliches Konzept fehlt. Eine Petition der Gewerkschaft Erziehung, die 1991 eingereicht wurde, forderte die Einrichtung einer Stelle für Fremdsprachigen-Pädagogik als selbständige Abteilung des Erziehungsdepartementes. Aufgaben dieser Stelle wären z. Bsp. Erarbeitung von Projektgrundlagen zuhanden der kantonalen Behörden, Beratung der einheimischen und ausländischen Lehrkräfte in allen

Fragen der Schulung fremdsprachiger Kinder, Sichtung von geeignetem Schulmaterial und Funktion als Einweisungsinstanz bei Einschulung, Abklärung, Begleitung von fremdsprachigen SchülerInnen. Ein Anzug von Käthi Ensner-Witschi mit derselben Forderung wurde im Herbst 1991 mit der Begründung, dass im Rahmen der Reorganisation des ED eine solche Stelle geschaffen würde, abgeschrieben. Im neuen Organigramm des "Ressort Schulen" findet sich nun aber kein Hinweis auf die Fachstelle für interkulturelle Pädagogik. Laut Auskunft des ED soll diese Stelle zum Aufgabenbereich der neugewählten Leiterin der Stabsstelle Pädagogik gehören. Eine Aufgabe, die aufgrund ihrer Komplexität und Wichtigkeit mindestens eine eigene Stelle erfordern würde, wird aus Kostengründen einfach in eine schon reichdotierte Stabsstelle "integriert". Eine höchst unbefriedigende Lösung, oder besser gesagt: gar keine Lösung wird hier geboten. Es stellt sich die Frage, was die Schulung und Förderung der fremdsprachigen Kinder wert ist...

Heidi Mück

gärten sind nun wirklich bis an die Schmerzgrenze überfüllt, und immer noch kommen keine Lösungen aus dem Erziehungsdepartement, sondern lediglich Ausflüchte und wage Beteuerungen, dass die Situation sich im Schuljahr 98/99 bessern sollte. Für die drin-

Weg mit den Kopfprämien!

Initiative

BastA! unterstützt die Volksinitiative für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien: Jetzt unterschreiben!

Unsere Krankenkassenprämien sind eine in Europa einmalige Kopfsteuer, die unabhängig von Einkommen und Vermögen erhoben wird. Im schweizerischen Durchschnitt sind die Prämien 1997 um 12% erhöht worden. Für nächstes Jahr ist mit einer Erhöhung von 5 bis 10% zu rechnen. Vorallem für einkommensschwache Haushalte sind derart hohe Prämien kaum mehr tragbar.

Die Partei der Arbeit Schweiz hat dieses Jahr eine eidgenössische Initiative lanciert, die dieser Entwicklung entgegentritt. Die Initiative fordert eine gezielte Prämienverbilligung. Die Ausgaben für die Krankenversicherung sollen im Verhältnis zu Einkommen, Vermögen und Grösse des Haushaltes festgelegt werden. Das ist administrativ sehr leicht umzusetzen, die nötigen Informationen und Modelle bestehen schon im heutigen System.

Der Bund hätte sich zu mindestens 50% an den allgemeinen Kosten der Krankenversicherungen zu beteiligen. Finanziert würde diese Beteiligung mittels der bishe-

rigen, sozial abgestuften Bundessteuer, Kantonsbeiträgen sowie Abgaben der Unternehmen. Diese Abgaben betreffen die Kapitalgewinne und die Erträge aus Finanztransaktionen; die Lohnkosten und die Soziallasten der Unternehmen wären nicht betroffen.

Bisher tragen die Versicherten gegen 90% der Kosten. Nach Annahme der Initiative wären es nur noch



50%. Diese Entlastung der Versicherten geschieht abgestuft nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wer in finanziell angespannten Verhältnissen lebt, müsste nur noch einen Bruchteil der heutigen Gesundheitskosten bezahlen, für Gutsituierte wäre der Unterschied gegenüber heute weniger gross.

SP und Gewerkschaftsbund unterstützen diese Initiative nicht, da sie auf eine Finanzierung der Krankenversicherung via Mehrwertsteuer hoffen. Ob es je zu einer solchen Variante kommt, ist offen. Und es bleibt das Problem, dass die Mehrwertsteuer keinerlei Solidaritätsmoment zwischen Arm und Reich kennt.

Das Volksbegehren zielt in die richtige Richtung: Ein Schritt weg von den unsozialen Kopfprämien hin zu einer gerechteren Finanzierung der Krankenversicherung. BastA! hat die Unterstützung dieser Initiative beschlossen und fordert Euch auf, die Initiative zu unterschreiben und in Eurem Bekanntenkreis weitere Unterschriften zu sammeln.

Herzlichen Dank!



Eidgenössische Volksinitiative

Im Bundesblatt veröffentlicht am 22. April 1997

«für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien»

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 34^{aa}

- 1 Der Bund richtet auf dem Wege der Gesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung ein. Er kann deren Durchführung Einrichtungen übertragen, welche die Versicherung nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit betreiben. Er kontrolliert die Höhe der Prämien und Kostenbeteiligungen der Versicherten (Beiträge der Versicherten).
- 2 Die Krankenpflegeversicherung ist für die ganze Bevölkerung obligatorisch. Sie deckt ohne zeitliche Begrenzung die Behandlungskosten bei Krankheit und, soweit nicht anderweitig von Gesetzes wegen versichert, bei Unfall; eingeschlossen sind die Hauskrankenpflege und die Leistungen der Krankheitsprävention.
- 3 Die Versicherung wird wie folgt finanziert:
 - a) durch die Beiträge der Versicherten;
 - b) durch einen Beitrag des Bundes, welcher mindestens 50 Prozent der jährlichen Ausgaben der Versicherung deckt. Dieser Beitrag dient dazu, die Beiträge der Versicherten nach deren wirtschaftlicher Leistungskraft abzustufen, wobei sich diese nach dem steuerbaren Einkommen und Vermögen und nach der Zahl der Haushaltsangehörigen bemisst.
- 4 Der Beitrag des Bundes wird aus der direkten Bundessteuer, durch Beiträge der Kantone sowie durch Abgaben der Handelsgesellschaften nach Massgabe von deren Gewinnen unter Hinzurechnung der Abschreibungen und Rückstellungen finanziert. Die Abgaben der Handelsgesellschaften sind so anzusetzen, dass sie mindestens die Hälfte des Bundesbeitrages decken.
- 5 Unter Vorbehalt der Kosten für Lehre und Forschung tragen die Kantone mindestens 50 Prozent der Kosten anerkannter Spitäler und Pflegeanstalten. Diese Kosten dürfen nicht auf die Krankenversicherung überwälzt werden.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: _____ PLZ: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Genaues Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						

Ablauf der Sammelfrist: 22. Oktober 1998

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____

Amtsstempel:



Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft): _____

Datum: _____

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen: Brigitte Berthouzo, 31 rue Louis Favre, 1201 Genève; Sonja Crivelli, Via Gemmo 5b, 6924 Sorengo; Christiane Jaquet-Berger, av. de Béthusy 60, 1012 Lausanne; Rosmarie Kunz, Nasenweg 12, 4052 Basel; Silvia Sommer, Schänzlihalde 32, 3013 Bern; Christina Stoll, Route de la Poudrière 25, 1700 Fribourg; Anjaska Weil, Goldbrunnenstr. 131, 8055 Zürich; Walter Angst, Birmensdorferstr. 13, 8004 Zürich; Alain Bringuet, Sombailles 5, 2300 La Chaux-de-Fonds; Bernard Burkhard, Vieux-Château 5, 2800 Delémont; René Ecuyer, 8 rue Vidollet, 1202 Genève; Willi Egloff, Schildknechtstr. 6, 3006 Bern; Gavriel Pinson, Grand' Rue, 1083 Mézières; Jean Spielmann, 2 rue Calvin, 1204 Genève; Josef Zisaydis, Rue de Morges 45, 1004 Lausanne.

Ausfüllen, ausschneiden und einsenden bis 15.12.97 an: BastA!, Postfach 142, 4005 Basel. Herzlichen Dank!

Vom Gurkensalat zum Sozialstaat?

Samstag 24. Januar 1998
ab 9.30 Uhr, Missionshaus Basel

BastA!-Seminar zum Verhältnis von Linken und Staat: Welche Aufgaben soll der Staat übernehmen? Wie beschafft er sich unter den sich verändernden Bedingungen die notwendigen Mittel? Welche Aktualität hat die Demokratie? Welche Rolle können die standortgebundenen Gemeinwesen gegenüber der globalisierten Wirtschaft einnehmen?

Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen und beziehen bitte weitere Auskünfte über das BastA!-Sekretariat, Tel./Fax 061 / 691 16 31.



- ☐ Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- ☐ Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- ☐ Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr.
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute ohne Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- ☐ Ich unterstütze BastA! als GönnerIn, schickt mir Einzahlungsscheine.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Gesundheit für alle oder fürs Budget?

Bettenabbau

Der Abbau von Spitalbetten zur Kosten- und Prämienreduktion wird massiv überschätzt. Flankierende Massnahmen sind notwendig!

Die Sanitätsdirektionen der beiden Basel planen einen Abbau von 315 Betten in den Spitälern bis 1998 und von weiteren 308 Betten bis Ende 2002. Damit sollen die Gesundheitskosten reduziert werden und ein Beitrag zur Reduktion der kantonalen Defizite geleistet werden. Der Spitalbettenabbau ist das zurzeit vielgepriesenste Instrument, um im Gesundheitswesen zu sparen.

Unserer Ansicht nach wird der Spitalbettenabbau als Instrument zur Kosten- und Prämienreduktion massiv überschätzt.

Aus folgenden Gründen:

In den letzten Jahren konnte dank verbesserter Diagnostik und Therapie die Aufenthaltsdauer in den Spitälern verkürzt werden. Dieser Trend

wird sich fortsetzen. Doch immer werden die letzten Tage eines Spitalaufenthaltes die billigsten sein, da die PatientInnen weitgehend selbstständig sind und vor allem noch die Hotellerie des Spitals benötigen. Die teuren Massnahmen fallen aber in den ersten Spitaltagen an. Je kürzer die Spitalaufenthalte, desto intensiver wird die Belastung des Pflegepersonals: In kürzerer Zeit müssen mehr Leistungen erbracht werden.

Der Erholungsfähigkeit der PatientInnen sind biologische Grenzen gesetzt, so

dass die pflegerische Betreuung nach der Entlassung zu Hause weitergeführt werden muss. Dies setzt aber eine gut ausgebaute und gesicherte Gemeindekrankenpflege voraus.

Ein Bettenabbau geht nicht ohne Entlassungen vonstatten, was die Einsparungen im Gesundheitsbereich durch Kosten für die Arbeitslosigkeit relativiert. Im ersten Abbauschritt sollen die privaten Belegarztspitäler reduziert werden unter anderem mit der Argumentation, zu viele Ärzte würden dort zuviel operieren.

Dass zuviel operiert wird, wurde in verschiedenen Studien nachgewiesen. Dies liegt aber nicht daran, dass zu viele Betten existieren, sondern an der Tarifstruktur, die völlig verfehlte Anreize setzt.

Zusammenfassend wendet sich BastA! gegen den Bettenabbau, so wie er mit der Spitalliste durchgeführt wird.

Damit sich die Versorgungsqualität der Bevölkerung nicht verschlechtert, muss ein Ausbau der Spitex angestrebt, muss der Abbau ohne Entlassungen durchgeführt und das Personal in den verbleibenden Abteilungen aufgestockt werden.

Daniel Gelzer

“Je kürzer die Spitalaufenthalte, desto intensiver wird die Belastung des Pflegepersonals.”

Veranstaltungen

Di. 25. November

BastA!-Mitgliederversammlung: Hearing zu den geplanten Initiativen "ökologisches Investitionsprogramm" und "Entlassungssteuer"

- 19.15 Uhr, Restaurant Börse

Do. 27. November

New Public Management: Chancen und Gefahren, Diskussionsveranstaltung der DJS

- 20 Uhr, Restaurant Börse

Sa. 24. Januar 98

"Vom Gurkensalat zum Sozialstaat". BastA!-Seminar zum veränderten Staatsverständnis der Linken: Welche Aufgaben soll der Staat übernehmen? Wie beschafft er sich unter den sich verändernden Bedingungen die notwendigen Mittel? Welche Aktualität hat die Demokratie? Welche Rolle können die standortgebundenen Gemeinwesen gegenüber der globalisierten Wirtschaft einnehmen?

- ab 9.30 Uhr, Missionshaus Basel

Impressum: Nr. 5/November 1997. Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Reb-
gasse 1, Postfach, 4005 Basel. Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x
jährlich. Abo: Fr. 20.-. Redaktion: Martin Engel, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel